

MIT ENGELSZUNGEN

Grün mit Sternchen*

Leicht übermüdet, aber durchweg zufrieden war die Reutlinger Grünen-Bundestagsabgeordnete Beate Müller-Gemmeke nach dem Bundesparteitag in Halle. "In der Flüchtlingspolitik haben wir klar gemacht, was unsere Positionen sind", sagt die Sprecherin für Arbeitnehmerrechte der Grünen. Bleibt die Frage, ob das denn auch durchweg ihre Positionen sind. "Dass der Familiennachzug bei anerkannten Flüchtlingen nicht zur Diskussion stehen darf, auf jeden Fall. Sonst gelingt die Integration nicht." Beate Müller-Gemmeke unterstreicht auch, dass die Bundeswehr nicht in Syrien eingesetzt werden soll. "Frankreichs Hilferuf müssen wir anders beantworten, der Krieg in Syrien ist nicht zu gewinnen." Stattdessen müssten der so genannte Islamische Staat (IS) ausgetrocknet und Waffenlieferungen gestoppt werden. Außerdem sollte die Türkei verhindern, dass IS-Kämpfer über die Grenzen kommen.

Schwer tut sich die in Pliezhausen lebende Politikerin allerdings mit anderen Punkten grüner Flüchtlingspolitik - etwa bei der Definition sicherer Herkunftsländer: "Zu denen zählt jetzt auch der Kosovo, und vor fünf Monaten ist das Auslandsmandat der Bundeswehr für den Kosovo noch verlängert worden." Aber weil die Grünen in neun Landesregierungen vertreten seien, müsse sie damit leben, dass die Partei in verschiedenen Koalitionen in der Verantwortung stehe. "Das bedeutet, Kompromisse zu akzeptieren, die mir schwer fallen", gibt Müller-Gemmeke zu.

Wesentlich angenehmer war für die Reutlinger Abgeordnete die Grünen-Debatte über eine neue Familien- und Arbeitszeitpolitik. "In unserer beschleunigten Gesellschaft nimmt der Stress ständig zu. Das betrifft vor allem Frauen, die Beruf und Familie miteinander vereinbaren müssen", sagt Müller-Gemmeke, die anderthalb Jahre am ersten Grünen-Gesamtkonzept zur Unterstützung von Familien in verschiedenen Lebenslagen mitgearbeitet hat - von der Kinderbetreuung bis zur Pflege der Eltern. Eine der Hauptforderung: die Ausweitung des Elterngelds von 14 auf 24 Monate.

Vor allem im Bemühen, den Arbeitsalltag flexibler gestalten zu können, sieht Müller-Gemmeke ihre Handschrift verwirklicht. "Wir sollten eine Reduzierung auf Zeit von 40 auf 30 Wochenstunden ohne Lohnausgleich möglich machen, aber auch die Aufstockung auf 100 Prozent erleichtern", sagt die Bundestagsabgeordnete. Wer sich solche Lohneinbußen nicht leisten könne, solle wenigstens mehr Rechte und Möglichkeiten auf flexibleres Zeitmanagement oder Heimarbeit bekommen. "Ich bin jedenfalls stolz darauf, dass wir die Mitbestimmung für Betriebsräte bei der Vertrauensarbeitszeit fordern." Bei dieser Vertrauensarbeitszeit steht die Erledigung vereinbarter Aufgaben im Vordergrund und nicht die zeitliche Präsenz des Arbeitnehmers.

Bleibt noch der neue Stern, der beim Bundesparteitag in Halle aufgegangen ist. Um darzustellen, dass es Bürgerinnen und Bürger gibt, gendern die Grünen künftig so: Bürger*innen. Wird diese Innovation nun zum zweiten Veggie-Day für die Grünen? Mit dem hatten sich die Grünen vor der Bundestagswahl 2013 für weniger Fleischkonsum ausgesprochen - und waren danach vom Wahlvolk abgestraft worden. "Nein, das ist nur für den internen Bereich", sagt Müller-Gemmeke. "Wir Grünen haben das Anliegen, dass immer auch die weibliche Form genannt wird. Das wurde bisher zumeist mit großem I gekennzeichnet, aber nicht einheitlich." Grüner Gender-Standard sei nun mit dem * gewährleistet. Thomas de Marco